

Umbruch und Stagnation im Nahen Osten: Ist der ‚Herbst der Autokraten‘ gekommen?

Thomas Demmelhuber



Thomas
Demmelhuber

Zusammenfassung

Steht der Nahe Osten vor einem demokratischen Umbruch? Nach einer intensiven Diskussion in den 1990er Jahren ist dieser Frage in der jüngeren Vergangenheit nur noch wenig Aufmerksamkeit zuteil geworden. Zu sehr schienen unterschiedliche Formen autoritärer Herrschaft im Nahen Osten einschlägige Prämissen einer zu erwartenden Demokratisierung der Länder zu widerlegen. So wurden vom ‚Revolutionsjahr 2011‘ nicht nur Wissenschaft und Politikberatung sondern am meisten wohl die nahöstlichen Diktatoren selbst überrascht. Der vorliegende Beitrag fragt daher basierend auf einer Skizzierung der Ausgangsbedingungen und Verortung des Gegenstands in der Politikwissenschaft sowie einer Analyse autoritärer Herrschaft in der Region nach den Perspektiven der politischen Entwicklung in den Ländern des Nahen Ostens. Im Rahmen dieser Analyse dient Ägypten, das sich gerade in einem Lösungsprozess von dem autoritären Mubarak-Regime befindet, als veranschaulichendes Länderbeispiel.

Einführung

Steht der Nahe und Mittlere Osten vor einem demokratischen Umbruch? Mit dieser Fragestellung wäre ein Forschungsantrag noch im Jahre 2010 von Gutachtern vermutlich als wenig relevant und gegenstandslos zurückgewiesen worden. Wenig bis keine Nachfrage wäre für ein ähnliches Thema in der politischen Bildung zu mobilisieren gewesen, stand doch die Region in erster Linie für Konflikte, religiösen Radikalismus, politische Stagnation samt struktureller Unterentwicklung (abgesehen von den reichen Golfmonarchien) und galt als ‚schwarzes Loch‘ auf einer Weltkarte der Demokratie. Ebenso war für Versuche, die Beschaffenheit der Herrschaftsstrukturen analytisch zu erfassen, das Demokratiemodell kein passender konzeptioneller Rahmen aufgrund fehlenden empirischen Materials zu einem demokratischen Systemwechsel (exklusive Türkei und Israel).

Autoritäre Herrschaft schien sich in der Region des Nahen und Mittleren Ostens derart verfestigt zu haben, dass die politikwissenschaftliche Nahostforschung seit ungefähr zehn Jahren die Chancen auf eine substanzielle Liberalisierung und Demokratisierung als äußerst gering einstufte.¹ Genügend empirisches Material erschloss sich vielmehr zu Autokratien, die sich sehr

religiöser
Radikalismus,
politische
Stagnation,
strukturelle
Unterentwicklung

Massenmobilisierung quer durch alle sozialen Schichten

ten, Reformfreudigkeit zeigten und voneinander lernten. Dabei schienen Annahmen der frühen 1990er Jahre, dass diese Autokratien nur ein Zwischenstadium auf einem Weg der weiteren Liberalisierung und schließlich Demokratisierung wären,² vollständig widerlegt zu sein. So wurden nicht nur Wissenschaft und Politikberatung sondern am meisten wohl die Diktatoren selbst von den Ereignissen Anfang 2011 überrascht. Innerhalb weniger Wochen verursachte eine Massenmobilisierung quer durch alle sozialen Schichten einen umfassenden herrschaftsstrukturellen Wandel, was in der Bevölkerung Hoffnungen auf eine zügige Demokratisierung weckte. Aus diesem aktuellen Blickwinkel scheint es daher zunächst fraglich, ob die Forschungsfrage nach autoritärer Herrschaft im Nahen Osten überhaupt noch Mehrwert bietet, steht doch nun – wenn man dem Narrativ mancher Medien und ihrem ausufernden Expertentum Glauben schenken darf – das demokratische Zeitalter bevor.

Perspektiven der politischen Entwicklung in den Ländern des Nahen Ostens

Dennoch, alleine ein Blick in die Geschichte lehrt, dass politische Entwicklung keine historische Determiniertheit kennt. Demokratie ist nur eines von mehreren möglichen Endprodukten nach dem Zusammenbruch autoritärer Regime und zweifelsohne kein Ergebnis eines linearen Prozesses.³ Tunesien und Ägypten, zwei nahöstliche Staaten, die seit Anfang des Jahres 2011 einen überwiegend friedlichen Prozess des *Systemwandels* beschreiten, können in den nächsten zwei Jahrzehnten den Weg hin zu einer konsolidierten Demokratie gehen. Dieser Prozess ist aber ergebnisoffen und länderspezifisch. Die Halbwertszeit autoritärer Herrschaftseliten ist länger als die ihrer vergreisten Diktatoren an der Spitze der nahöstlichen Herrschaftspyramiden. Gerade deshalb fragt der vorliegende Aufsatz basierend auf einer Skizzierung und Einordnung der Ausgangsbedingungen im ‚Revolutionsjahr 2011‘ nach den Perspektiven der politischen Entwicklung in den Ländern des Nahen Ostens. Anknüpfend an eine politikwissenschaftliche Verortung des Gegenstands sollen die herrschaftspolitischen Ausgangsbedingungen, veranschaulicht am Beispiel Ägyptens, aufgearbeitet werden. Wie sehr ist demnach von einer regionalen Dynamik oder sogar von einem ‚Dominoeffekt‘ in Anlehnung an die Demokratisierung Osteuropas in den frühen 1990er Jahren auszugehen? Welche Rolle spielen dabei subregionale und nationale Besonderheiten und werden diese Faktoren ausreichend berücksichtigt?

Bestandsaufnahme: ‚Revolutionsjahr‘ 2011

Ogleich sich darüber diskutieren ließe, ob wir es tatsächlich mit einer Revolution, verstanden als radikale Veränderung der gegebenen Ordnung inklusive einer Beseitigung der bisherigen politischen Elite und einer Neueta-blierung von Institutionen, zu tun haben, oder ob nicht vielmehr ein Prozess des Systemwandels unter Rückgriff auf das bestehende Institutionengefüge und weniger belastete Elitengruppen vorliegt, bleibt gesellschaftspolitisch die tatsächlich revolutionäre Triebkraft der Protestbewegungen außer Frage. Der weit verzweigte Repressionsapparat in Tunesien und Ägypten und weiteren nahöstlichen Autokratien, der auf Angst und Einschüchterung basierte, konnte durch eine über Zuhil-

fenahme neuer Medien erreichte Massenmobilisierung einhergehend mit einem massiven Frustrationspotenzial quer durch alle sozialen Schichten durchbrochen werden. Der Sicherheits- und Geheimdienstapparat – über viele Jahrzehnte *der* Eckpfeiler autoritärer Herrschaft – konnte sich in Tunesien und Ägypten gegen die ad hoc mobilisierte und furchtlose Masse auch unter Rückgriff auf Gewalt und andere perfiden Methoden des kurzfristigen Machterhalts⁴ nicht behaupten, sodass in Ägypten schließlich das Militär in einem ‚sanften Putsch‘ am 11. Februar 2011 sämtliche exekutiven Vollmachten übernommen hat. In Tunesien hat gemäß der Verfassung nach kurzer juristischer Debatte der frühere Parlamentspräsident Fouad al-Mebaza interimsmäßig die präsidentialen Machtkompetenzen übernommen.

sanfter Putsch

An keinem Land in der Region ist bis dato diese regionale Protestwelle vorbeigegangen, auch wenn kurz nach den Ereignissen in Tunesien und vor dem Ausbruch der Proteste in Ägypten Vertreter der jeweiligen Regime nicht müde wurden zu betonen, dass im eigenen Land die Ausgangsbedingungen völlig anders seien.⁵ Ob in den Monarchien Marokko und Jordanien, den reichen Golfmonarchien oder den Republiken der Region, sie alle waren Schauplatz von Protesten und Rufen nach mehr Freiheit, Teilhabe und vor allem nach sozioökonomischen Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit und Zukunftsperspektiven. Nebst einiger Gemeinsamkeiten unterschieden sich diese Proteste in ihren Ursachen und Zielen sehr: In Tunesien und Ägypten waren es ähnliche Forderungen nach einem radikalen Systemwandel in einem verkrusteten autoritären Herrschaftsgefüge, das zuvorderst keine sozioökonomischen Perspektiven für die jüngere Generation und damit für die Bevölkerungsmehrheit⁶ bot. In Jordanien, Marokko, Saudi-Arabien, Oman und sogar im von Protesten stark erfassten Bahrain sind es überwiegend Forderungen nach Reformen des bestehenden Systems, die jeweils unterschiedliche Ursachen hatten und zum Teil auf religiös motivierte Trennlinien der sozioökonomischen Diskriminierung rekurrerten (bspw. Schiiten in Bahrain und Saudi-Arabien). Dem absoluten Herrschaftsanspruch der Exekutive sollte in diesen Monarchien – so die Forderungen – über eine stärkere Konstitutionalisierung von Herrschaft (bspw. Gewaltenteilung) Einhalt geboten werden. Der Ruf nach einem vollständigen, systemischen Wechsel war hingegen kaum zu vernehmen. Außer Frage steht in diesem Kontext ohnehin, dass *erstens* die Monarchien des Nahen Ostens über vielfältigere Legitimationsquellen ihrer Herrschaftsbasis verfügen, wie beispielsweise in Saudi-Arabien, wo das Königshaus auch Hüter der heiligen Stätten des Islam in Mekka und Medina oder in Marokko König Muhammad VI. Oberhaupt der Gläubigen ist. Hinzu kommen *zweitens* noch weitere nationale Sonderfaktoren wie eine ethnische, religiöse Heterogenität oder Homogenität und eine gemeinsame tribale Vergangenheit, aus der häufig Narrative einer nationalen Herkunftsgemeinschaft abgeleitet werden. *Drittens* bleibt für die reichen, Rohstoffe exportierenden Länder das Erkaufen politischer Exklusion der Massen via eines umfassenden Allokationsstaates, der den Kapitalzufluss aus dem Verkauf von Öl und Gas über sozial- und subventionsstaatliche Mechanismen umverteilt, weiterhin von entscheidender Bedeutung.

radikaler Systemwandel

Reformen des bestehenden Systems

Diese nationalen Besonderheiten schließen eine regionale Dynamik nicht aus, schon alleine aufgrund einer sich in den letzten 20 Jahren verbreitenden

entterritorialisierten Form der Kommunikation (bspw. Internet und Satellitenfernsehen), die eine vorher nicht da gewesene Vernetzung sowie einen Austausch und Lernprozess der Protestbewegungen überhaupt erst ermöglichte.⁷ Außer Frage steht an dieser Stelle, dass das Zeitalter der geschlossenen nationalen Medienlandschaften der Vergangenheit angehört, dennoch dürfen die jeweiligen nationalen Rahmenbedingungen nicht vernachlässigt werden, sodass pauschale Annahmen eines ‚Dominoeffekts‘ für die weitere Entwicklung im Nahen Osten kritisch zu hinterfragen sind.

Autoritäre Herrschaft im Nahen Osten und die Politikwissenschaft

Definition einer
autoritären
Herrschaftsform

In der Politikwissenschaft und vor allem in der Transitionsforschung galt die Klasse der autoritären Regime lange Zeit als Zwischenstadium einer politischen Herrschaftsform im Übergang zu demokratischer Herrschaft. Bleibt im ursprünglichen Sinne die Zielrichtung politischer Entwicklung in einem Transitionsprozess offen, beschäftigte sich obige Teildisziplin seit den 1980er Jahren abgesehen von einigen Ausnahmen⁸ ausschließlich mit normativ aufgeladenen Transitionsprozessen von totalitären und autoritären hin zu demokratischen Regimen (*Systemwechsel*). Die weithin anerkannte Definition einer autoritären Herrschaftsform, also eines autoritären Regimes, geht auf *Juan Linz* zurück. Linz definiert in Anlehnung an die spanische Diktatur autoritäre Regime als eigenständige Herrschaftsformen, die zwischen totalitären und demokratischen Regimen zu verorten sind, und einen begrenzten, nicht verantwortlichen politischen Pluralismus, keine mobilisierende und leitende Ideologie, keine extensive oder intensive politische Massenmobilisierung der Gesellschaft und eine politische Elite aufweisen, die innerhalb formal schlecht definierter, in der Praxis aber recht vorhersagbarer Grenzen Macht ausübt.⁹

Demokratisierungs-
prozess

Ab Mitte der 1980er Jahre und in der Region des Nahen Ostens ab den 1990er Jahren dominierten Untersuchungen autoritärer Regime aus der Perspektive transitionstheoretischer Konzepte. Es galt vor allem nach den Gründen und den Voraussetzungen für einen Demokratisierungsprozess zu fragen. Unterschiedlichste theoretische Ansätze wurden dabei getestet. Dies ging häufig mit modernisierungstheoretischen Annahmen einher, die einer Pfadabhängigkeit politischer Entwicklung als Grundannahme einer politischen Transition folgten. Zwar versuchten einige Autoren auch die offenkundige Persistenz autoritärer Regime und die zeitliche Verzögerung einer Demokratisierung in der nahöstlichen Region zu berücksichtigen, da sie in der Kritik standen, theoretische Ansätze zu verfolgen, die etwas zu erklären versuchten, was empirisch nicht vorlag. An den Grundaussagen aber, dass sozioökonomischer Wandel strukturelle politische Veränderungen bringe und Demokratie hierfür das logische institutionelle Ergebnis sei, hielt man dennoch fest, erkannte nun aber die zusätzlichen Einflüsse von Kultur, Religion und Tradition an, deren Wandel nicht linear ist, um ein Erklärungsmuster für die ins Stocken geratenen, demokratischen Transitionsprozesse zu liefern.¹⁰

Insbesondere in der Region des Nahen Ostens versäumten diese normativ aufgeladenen Erklärungsmuster politischer Entwicklung, nach den Variablen autoritärer Herrschaft, das heißt den systemischen Binnenstrukturen autoritärer Herrschaft, zu fragen. Der ‚Ist-Zustand‘ von Funktionsmechanismen, Formen der Anpassung und Legitimationsstrategien der autoritären Systeme konnte nämlich nur von nachgeordneter Bedeutung sein, wenn die Frage nach den Rahmenbedingungen eines Systemwechsels hin zu einer Demokratie im Mittelpunkt des Interesses stand (‚Soll-Zustand‘).¹¹ Daraus sich ergebende Defizite in der Analyse nahöstlicher Staats- und Herrschaftsformen führten erst in jüngeren Jahren zu einer Aufwertung und Selbstbehauptung der Autoritarismusforschung, die von der Grundannahme geleitet wurde, dass Stabilität oder besser Dauerhaftigkeit¹² und autoritäre Herrschaft nicht zwangsläufig in einem Widerspruch stehen und es mitnichten eine ‚normative Einbahnstraße‘ politischer Entwicklung gibt. Vereinfacht war die Autoritarismusforschung eine Antwort auf eine Transitionsforschung, die in ihrer Erklärungsfähigkeit realer politischer Phänomene an ihre Grenzen stieß.

Autoritarismus-
forschung

Gleichzeitig sah sich die Autoritarismusforschung, jenseits der Frage, ob und wann eine Demokratisierung eintritt, von einer Vielzahl von autoritären Herrschaftssystemen herausgefordert. Insbesondere im Hinblick auf den funktionalen Einbezug semi-demokratischer und liberaler Mechanismen differenzierten sich die real fassbaren autoritären Systeme nicht nur im Nahen Osten sondern auch überregional weiter aus (bspw. Zentralasien). Konsequenz in der Forschungsliteratur war eine Typologisierungsvielfalt, die bisweilen kritisch diskutiert wurde.¹³ Das Spektrum einer Terminologie veränderter autoritärer Herrschaftstypen umfasste zum Beispiel ‚liberale Autokratien‘¹⁴, ‚kompetitive Autokratien‘¹⁵, ‚Wahlautokratien‘¹⁶ oder ‚Autoritarismus 2.0‘¹⁷. Diese ‚Adjektiv-autokratien‘ versuchten vor allem konzeptionell fassbar zu machen, wie sich die Anpassungsfähigkeit der autoritären Systeme darstellt und wie veränderte Institutionen und Prozesse des Elitenwandels mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten des Machterhalts korrelieren. Unabhängig von dieser noch ungeklärten Frage nach Typologienbildung im Spektrum der autoritären Regime, liegt eine für die vorliegende Analyse entscheidende herrschaftspolitische Gemeinsamkeit vor: Über eine funktionale Anpassung autoritärer Herrschaft an neue Herausforderungen und Rahmenbedingungen soll das autoritäre System mittel- bis langfristig konsolidiert werden.

Aufbruch und Stagnation

Heydemann sprach 2007 von einem ‚upgrading‘ der autoritären Systeme im Nahen Osten.¹⁸ Er meinte damit die relativ erfolgreiche Anpassung autoritärer Herrschaft an neue Rahmenbedingungen, die insbesondere ökonomischer und gesellschaftspolitischer Natur sind. Die autoritären Regime waren gezwungen, sich zu öffnen, zum einem, um am Prozess der internationalen Arbeits- und Güterteilung teilzunehmen und ausländische Investitionen einzuwerben, und zum anderen, um dadurch für die schnell wachsende Bevölkerung genügend neue

Arbeitsplätze zu schaffen. Dies ging wiederum einher mit dem Versuch, den ausgeprägten Staatszentrismus inklusive aufgeblähter Staats- und Bürokratieapparate früherer, meist sozialistisch geprägter Tage zu minimieren. Privates Unternehmertum nahm dabei sukzessive eine wichtigere Rolle ein und schaffte auch, dieses politökonomische Vakuum zu füllen, indem es den Staat in vielen Bereichen mit marktbeherrschenden Stellungen ersetzte.

Eng damit verknüpft waren umfassende Versuche, diese Länder auch durch eine massive Förderung von Informationstechnologie wie Internet oder Mobilfunk zu modernisieren und sich selbst als guten Standort im internationalen Wettbewerb um Investoren zu präsentieren. Die Höhe ausländischer Direktinvestitionen per anno avancierte zu einem informellen Globalindikator für die Reformfreudigkeit der Regime. Kehrseite der Medaille waren aber dadurch erst ermöglichte Räume der Debatte, neue entterritorialisierte Formen der Kommunikation und des Nachrichtenaustauschs im Rahmen von Satellitenfernsehen, Internet und Mobilfunk. Versuche, diese Prozesse zu kontrollieren und stärker zu regulieren, fanden statt, scheiterten aber meist, da sich die einzelnen autoritären Regime grundsätzlich in der Defensive befanden. Die politische Strategie hieß fortan, Formen von ‚kontrollierter Partizipation‘ und von ‚kontrolliertem Pluralismus‘ zu dulden. So suggerierte man *erstens* nach außen den Schein eines freien Wettbewerbs um politische Macht, ermöglichte *zweitens* nach innen Ventile für Unmut, reklamierte *drittens* weiterhin die politische Diskurshoheit für sich und generierte *viertens* über das Bild des Wandels und der Reform ein Mehr an Legitimation, um die Stagnation eines weiterhin sehr verkrusteten autoritären Systems zu verschleiern.

Am Fall Ägypten wird dabei besonders anschaulich, wie diese Strategie der kontrollierten Öffnung eines autoritären Systems einer ‚herrschaftspolitischen Gratwanderung‘ gleichkommt. So wurden 2005 zum ersten Mal kompetitive Präsidentschaftswahlen (vorher lediglich Referenden im sechsjährigen Turnus) abgehalten, in welchen Amtsinhaber Mubarak nicht mehr mit gewohnten fast 100 Prozent im Amt *bestätigt* wurde, sondern nun mit 88,5 Prozent der Stimmen *gewählt* wurde. Dass der zweitplatzierte Gegenkandidat Ayman Nour, der mit knapp acht Prozent einen symbolischen Erfolg errang, kurze Zeit später unter fadenscheinigen Begründungen für mehrere Jahre im Gefängnis verschwand, steht auf einem anderen Blatt. Entscheidend war, über Mechanismen des kontrollierten Pluralismus und des gesteuerten Wettbewerbs ein Mehr an Herrschaftslegitimation nach innen und nach außen für den Amtsinhaber und dessen Regime abzuleiten. In diesem Kontext bieten kontrollierte Räume der Partizipation auch Ventilmechanismen für Widerspruch. Zeitungs- und Medienlandschaften wurden differenzierter und es konnte sich innerhalb vordefinierter Grenzen durch das Regime eine Streitkultur entwickeln. Das ägyptische Regime schaffte in diesem Prozess der Veränderung, zumindest formal für sich die Diskurshoheit zu beanspruchen, schmückte sich mit Auszeichnungen internationaler Geberorganisationen wie der Weltbank, die in mehreren *Ease of Doing Business Reports* Ägypten als ökonomischen ‚Top Reformer‘ bezeichnete, und versuchte, dadurch wiederum ein Mehr an Legitimation zu generieren. Das ständige Verweisen auf stabile Wachstumsraten ab 2004 wurde zu einem neuen Indikator für die Richtigkeit politischer Grundsatzentscheidungen durch das Muba-

Informations-
technologie

ausländische
Direktinvestitionen

kontrollierte
Partizipation

Herrschafts-
legitimation

Ägypten als
ökonomischer
,Top Reformer‘

rak-Regime und Mittel zum Zweck, ausufernde Klientelnetzwerke innerhalb der Herrschaftselite zu verschleiern und neu zu justieren. Parallel zu diesen Anpassungsprozessen autoritärer Herrschaft und unterschiedlicher Modi von kontrolliertem Pluralismus entstanden als Nebenprodukt Räume des Protests, die den Nährboden für das Jahr 2011 legten.

Formalisierung der Machtsicherung

Bei einem Blick in die jüngere Geschichte Ägyptens vor Beginn der Protestbewegung am 25. Januar 2011 fällt auf, dass gerade das formale Einhalten institutioneller Vorgaben zunehmend von zentraler Bedeutung war. Dieses formale Einhalten geschriebener Prinzipien und Regeln wurde zwar von informellen Mechanismen eines neopatrimonial organisierten Staates (bspw. Patronage und Klientelnetzwerke) erweitert, dennoch galt nach innen und nach außen stets, die Formalität und verfassungsmäßige Legalität politischer Entscheidungen zu betonen. Verfassungsänderungen waren dabei einerseits Mittel zum Zweck, um sich selbst als Reformierender zu präsentieren, andererseits dienten sie einer langfristigen konstitutionellen Absicherung des eigenen Machterhalts. So war beispielsweise die Präsidentschaft Mubarak im politischen Wettbewerb mit den anderen zugelassenen Parteien abgesichert, da diese selbst Teil des Scheinwettbewerbs um politische Macht waren und für diese Teilnahme mit Mandaten, Ämterpatronage und profitablen Klientelnetzwerken belohnt wurden. Nicht zutreffend war dies bei der breitenwirksamen und über großen gesellschaftlichen Rückhalt verfügenden Muslimbruderschaft (MB) – moderater Akteur aus dem Spektrum des politischen Islam – und anderen im Gegensatz zur MB systemfeindlichen islamistisch-extremistischen Gruppierungen. Seit 1954 nach einem angeblichen Attentatsversuch auf Präsident Nasser verboten, aber dennoch geduldet, war es der Muslimbruderschaft untersagt, über ihre Organisation als politische Kraft zu partizipieren. Das Parteiengesetz verbot jeglichen politischen Aktivismus unter Rückgriff auf religiöse Prinzipien. Kandidaten der Bruderschaft bewarben sich demzufolge seit Einführung des reinen Mehrheitswahlsystems im Jahre 1990 als unabhängige Kandidaten, die sich nach der Wahl als informelle Fraktion im Parlament (*Majlis al-Shaab*) zusammenschlossen. Dieser wachsenden Herausforderung aus dem moderaten Lager des politischen Islam begegnete das Mubarak-Regime umfassend in religiöser, kultureller aber eben auch in verfassungsrechtlicher Hinsicht. 2007 genügte es dem Mubarak-Regime nicht mehr, dass das Parteiengesetz sowieso parteipolitisch organisierte Partizipation aus religiösen Motiven verbot. Im Zuge einer umfassenden Verfassungsänderung erhielt dieses Prinzip 2007 sogar Verfassungsrang in Artikel 5 der ägyptischen Verfassung (auch Teil der momentan gültigen Interimsverfassung). Letzteres Beispiel verdeutlicht die Strategie des autoritären Mubarak-Regimes, nicht nur über Mittel der Repression und eines weit verzweigten Geheimdienstapparats mögliche herrschaftspolitische Gefahren zu minimieren. Vielmehr ging es auch um eine langfristige Absicherung, der man den Schein verfassungsrechtlicher Legitimität zu geben versuchte.

verfassungsmäßige
Legalität politischer
Entscheidungen

Muslimbruderschaft

Diese Prozesse der Anpassung und des Versuchs der konstitutionellen Absicherung des Herrschaftsanspruchs korrelierten ganz offenkundig mit Prozessen des Elitenwandels und des Generationenwandels. Hosni Mubarak stand in Ägypten fast 30 Jahre an der Spitze der Herrschaftspyramide, was alleine aus Altersgründen dazu führte, dass Versuche, Einfluss auf die Nachfolgeregelung zu nehmen, eine wichtige Variable in dieser Anpassung oder in diesem ‚upgrade‘ politischer Herrschaft einnahmen. Anders als in den Monarchien der Region hatte die Nachfolgefrage in den Republiken in den vergangenen Jahren höchste herrschaftspolitische Brisanz. Mit Ausnahme von Syrien, wo bereits im Jahre 2000 der Wechsel von Vater auf Sohn erfolgte und überhaupt erst zu der Begriffsbildung ‚dynastische Republik‘ führte,¹⁹ fanden in den vergangenen Jahren von Algerien, über Tunesien und Ägypten bis in den Jemen analoge Debatten statt. Versuche, eine familieninterne Nachfolge zu arrangieren, wurden stets scharf zurückgewiesen, obgleich die starke und immer prominentere Präsenz von Präsidentensöhnen oder anderen nahen Familienangehörigen keine anderen Rückschlüsse zuließ und damit nicht nur zum Spekulationsobjekt des Boulevards sondern auch der Wissenschaft wurde.²⁰

Das dynastische Prinzip der Nachfolge im Präsidentenamt wurde durch das Revolutionsjahr 2011 bis auf weiteres unwahrscheinlich. Hinweise, nun auch tatsächliche systemische Änderungen an der Regierungsform vorzunehmen, das heißt die herausgehobene Rolle des Präsidenten zu beschneiden, sind in aktuellen politischen Debatten in Ägypten erst zaghaft zu vernehmen. Vielmehr deutet sehr viel auf systemische Kontinuität hin, in welcher das Militär als *Hüter des eigentlich legitimen Systems* angesehen wird und die Mubarak-Ära lediglich als eine *systemische, autoritäre Entartung* wahrgenommen wird, was sich bei einem Blick in die Geschichtsschreibung seit der Gründung der Republik 1952 nur ansatzweise ableiten lässt. Grundsätzliche Debatten einer Loslösung von einem präsidentialen System hin zu einem parlamentarischen System sind hingegen kaum breitenwirksame Themen der Debatte. So ist auch von der angestrebten verfassungsgebenden Versammlung nicht zu erwarten, dass die institutionellen Kernbereiche der Regierungsform, und hierbei vor allem die Machtfülle der Exekutive, angetastet werden. Ähnliches gilt für die überbordenden autoritären Klientelnetzwerke, die ja qua Funktion im Staats- und Bürokratieapparat aber auch in der Wirtschaft weiter bestehen. Das öffentlichkeitswirksame juristische Vorgehen gegen einzelne Sektoreliten (bspw. regimennahe Unternehmer in Ägypten) ist in erster Linie politisch motiviert, zielt eher auf das Begleichen ‚offener Rechnungen‘ aus der Vergangenheit und der Besänftigung der Forderungen aus den Reihen der Protestbewegung als auf die allumfassende Implementierung von Transparenz und Rechtsstaatlichkeit, als elementare Etappe in einem Demokratisierungsprozess, ab.

Blick nach vorne

In Anlehnung an die Demokratisierungsdebatte der 1990er Jahre drängt sich die Frage nach einer möglicherweise verspäteten ‚dritten‘ oder nunmehr sogar ‚vierten Welle der Demokratisierung‘ im Nahen und Mittleren Osten auf. Diese

ähnlich wie für *Huntington* in den frühen 1990er Jahren verlockende Frage ist aus analytischer Sicht für das Jahr 2011 dennoch voreilig und nicht zu beantworten. Es gilt festzuhalten, dass eine Demokratisierung der autoritär regierten Länder des Nahen Ostens zweifelsohne nur eines von mehreren möglichen Szenarien nach dem Zusammenbruch eines autoritären Regimes ist. Kurz- bis mittelfristig bleibt eine Persistenz autoritärer Herrschaft die größte Herausforderung für die politischen Kräfte, die nach einer Demokratisierung des politischen Systems streben.

vierte Welle der Demokratisierung

Persistenz autoritärer Herrschaft

Ambivalent an den autoritären Systemen der Region bleibt, dass mit dem Sturz der Spitze des Systems noch lange nicht die weit verzweigten autoritären Systemeliten und Klientelnetzwerke von ihren Posten verdrängt worden sind. Die Literatur identifiziert noch weitere Hindernisse für eine Demokratisierung. Der vorliegende Beitrag sieht neben der angesprochenen, entscheidenden Akteurskonstellation in der politischen Elite, die internationale und noch mehr die regionale Umwelt als zweite entscheidende Variable. Viel versprechende regionale Rahmenbedingungen sind kaum abzusehen, die eine nachhaltige Liberalisierung und Demokratisierung unterstützen könnten. So waren es in Osteuropa nach 1989 und auch im Falle der Türkei die Perspektiven eines EU-Beitritts und die geopolitische Nähe einer demokratischen Nachbarschaft, die nachhaltig den Demokratisierungsprozess unterstützten und demokratische Kräfte in ihrem Eintreten für eine umfassende Reformagenda motivierten. Diesbezüglich sind die Ausgangsbedingungen im Nahen Osten aus der Perspektive des Jahres 2011 eher ernüchternd. Der weiterhin ungelöste arabisch-israelische Konflikt, Prozesse zerfallender Staatlichkeit in Libyen und Jemen sowie dominante regionale Machtstrukturen, die mitnichten vor einem demokratischen Umbruch stehen (rohstoffreiche Monarchien der arabischen Halbinsel), bilden einen zu Vorsicht vor demokratischer ‚Revolutionsromantik‘ mahnenden Rahmen. So gilt für Tunesien, Ägypten und alle auf demokratische Öffnung der verkrusteten autoritären Strukturen des Nahen und Mittleren Ostens abzielenden Kräfte, dass der Systemwandel im Nahen Osten eine lange, unsichere und auf möglichen Umwegen verlaufende Reise sein wird.

regionale Umwelt

Anmerkungen

- 1 Steven Heydemann (2007), ‘Upgrading Authoritarianism in the Arab World’, in: The Saban Center for Middle East Policy at the Brookings Institution, Analysis Paper, n°13, Washington D.C.; Daniel Brumberg (2002), ‘Democratization in the Arab World? The Trap of Liberalized Autocracy’, in: Journal of Democracy, vol.13, n°4; Thomas Carothers (2002), ‘The End of the Transition Paradigm’, in: Journal of Democracy, vol.13, n°1; Eva Bellin (2004), ‘The Robustness of Authoritarianism in the Middle East: Exceptionalism in Comparative Perspective’, in: Comparative Politics, vol.36, n°2; Oliver Schlumberger (2008), Autoritarismus in der arabischen Welt. Ursachen, Trends und internationale Demokratieförderung, Nomos: Baden-Baden; Oliver Schlumberger (2007), Debating Arab Authoritarianism, Stanford University Press: Stanford, CA; Holger Albrecht und Rolf Frankenberger (Hg.) (2010), Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung, Nomos: Baden-Baden.
- 2 Francis Fukuyama (1992), The End of History and the Last Man, Free Press: New York, NY; Samuel P. Huntington (1993), The Third Wave. Democratisation in the Late Twentieth Century, University of Oklahoma Press: Norman, OK.

- 3 Sehr schön beschrieben in: Edward D. Mansfield und Jack Snyder (2005), *Electing to Fight. Why Emerging Democracies Go to War*, MIT Press: Cambridge, MA.
- 4 So geschehen in Ägypten wenige Tage nach Ausbruch der Proteste. Auf Anweisung des Innenministeriums wurden die Polizei und sämtliche Sicherheitskräfte von den Straßen abgezogen. Gleichzeitig sollte über ‚bezahlte Unruhestifter‘ (arab. *balthagiya*) ein kontrolliertes Chaos erzeugt werden, um sich selbst als einzig möglicher Garant für Stabilität und Sicherheit im Land zu präsentieren.
- 5 Der syrische Präsident Assad betonte bspw. in einem Interview gegenüber dem *Wall Street Journal* Ende Januar 2011 die Stabilität und die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Syrien (vgl. Jay Solomon und Bill Spindle (2011), ‚Syria Strongman: Time for Reform‘, in: *Wall Street Journal*, 31. Januar 2011).
- 6 Circa 60 Prozent der ägyptischen Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. Ein Drittel der circa 82 Millionen Ägypter ist jünger als 15 Jahre.
- 7 Vgl. in der deutschen Presse: Raniah Salloum (2011), ‚Interaktives Flugblatt: Das Drehbuch des ägyptischen Zorns‘, in: *Financial Times Deutschland*, 29. Januar 2011 (veröffentlicht auf: <http://www.ftd.de>; eingesehen am 13. April 2011).
- 8 Juan J. Linz und Alfred Stepan (Hg.) (1978), *The Breakdown of Democratic Regimes*, Johns Hopkins University Press: Baltimore, MD.
- 9 Juan J. Linz (2000), *Totalitarian and Authoritarian Regimes*, Lynne Rienner Publishers: Boulder, CO, S. 159.
- 10 Vgl. zum Beispiel, Ronald Inglehart und Christian Welzel (2005), *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge University Press: New York, NY; zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem normativ aufgeladenen Transitionsparadigma, vgl. Thomas Carothers (2002), vgl. Fn. 1.
- 11 Carothers (2002), vgl. Fn. 1.
- 12 Oliver Schlumberger (2011), ‚Nahost-Experten, echte und andere‘, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. März 2011.
- 13 Sehr treffend formuliert von Snyder im Sammelband von Schedler: ‚We should resist the naturalist’s temptation to proclaim the discovery, naming, and classification of new political animals. [...] we should first carefully evaluate the ‚null hypothesis‘ that the political phenomena of interest, in this case, contemporary non-democratic regimes, are actually *not* sufficiently novel to warrant any new categories and labels.‘ (Richard Snyder (2006), ‚Beyond Electoral Authoritarianism: The Spectrum of Non-Democratic Regimes‘, in: Andreas Schedler (Hg.) (2006), *Electoral Authoritarianism. The Dynamics of Unfree Competition*, Lynne Rienner Publishers: Boulder, CO, S. 227).
- 14 Brumberg (2002), vgl. Fn. 1.
- 15 Steven Levitsky und Lucan A. Way (2002), ‚Elections without Democracy: The Rise of Competitive Authoritarianism‘, in: *Journal of Democracy*, vol.13, n°2.
- 16 Schedler (2006), vgl. Fn. 13.
- 17 Thomas Demmelhuber (2010), ‚Familienunternehmen Ägypten. Autoritäre Herrschaftsmechanismen auf dem Prüfstand‘, in: Albrecht und Frankenberger, vgl. Fn. 1.
- 18 Heydemann (2007), vgl. Fn. 1.
- 19 Vgl. Hartmut Fähndrich (Hg.) (2005), *Vererbte Macht. Monarchien und Dynastien in der Arabischen Welt*, Campus: Frankfurt/Main.
- 20 Stephan Roll, (2010), ‚Ägypten auf dem Weg zur Familienrepublik. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und die Erbfolge im Präsidentenamt‘, in: *SWP-Aktuell*, n°4, Stiftung Wissenschaft und Politik: Berlin.